

Einfache Anfrage Gschwend-Altstätten vom 26. Januar 2011

Majak: auch St. Gallen ist in der Pflicht

Schriftliche Antwort der Regierung vom 8. März 2011

Meinrad Gschwend-Altstätten erkundigt sich in seiner Einfachen Anfrage vom 26. Januar 2011 im Zusammenhang mit dem Bezug von radioaktivem Brennelementmaterial aus der Atomanlage Majak für die AKW's Beznau und Gösgen durch die Axpo, ob die Regierung bereit ist, die Bevölkerung umfassend über die Problematik zu informieren, sich gegebenenfalls für die fristlose Auflösung der Lieferverträge einzusetzen, die haftungsrechtliche Verantwortung der Axpo und des Kantons St.Gallen abzuklären und eine allfällige Verantwortungsübernahme der Axpo gegenüber Bevölkerung und Umwelt der Anlage Majak einzufordern.

Die Regierung beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Die Axpo hat der Regierung versichert, dass die Schaffung umfassender Transparenz über den Brennelementbezug aus Majak sehr ernst genommen wird. Eine Delegation der Axpo hat Ende Januar 2011 die Region und die Atomanlage besucht und mit Vertretern der Anlage und der russischen Atombehörde Rosatom gesprochen. Weitere Besuche vor Ort durch Fachspezialisten sind geplant. Noch im Jahr 2011 will die Axpo die Abklärungsergebnisse und das weitere Vorgehen der Öffentlichkeit transparent darlegen.
2. Die fristlose Kündigung der Lieferverträge erachtet die Regierung aufgrund des unklaren aktuellen Kenntnisstandes als nicht angebracht. Die Regierung begrüsst das Bestreben der Axpo, raschmöglichst Klarheit zu schaffen und angemessene Konsequenzen zu ziehen.
3. Der Kanton St.Gallen ist auch im Falle einer nicht den gängigen Umwelt- und Qualitätsstandards entsprechenden Brennelementproduktion in Majak in keinem Fall direkt von Haftungsfragen betroffen; er müsste allerdings im Fall einer allfälligen Haftungsverantwortung der Axpo als einer der Hauptaktionäre des Konzerns die finanziellen Konsequenzen mittragen. Auch deshalb hat die Regierung ein grosses Interesse an der raschen und umfassenden Schaffung von Transparenz in der Brennstoff-Lieferkette für die AKW Beznau und Gösgen.
4. Die Frage nach der Wiedergutmachung der an Menschen und Umwelt entstandenen Schäden kann aus Sicht der Regierung erst beantwortet werden, wenn die Sachlage und die Haftungsfragen genauer geklärt sind.
5. Für die Regierung ist die transparente Herkunftsdeklaration des Brennstoffmaterials unbestritten. Dass der Anlage Majak massive Mängel im Produktionsprozess vorgeworfen werden, ist erst in den letzten Monaten – hauptsächlich über die Medien – an die Regierung herangetragen worden. Seither bemüht sich die Regierung um rasche Aufklärung der Vorwürfe und begrüsst die Anstrengungen der Axpo um volle Transparenz.